



Interviews

Datum: 20. Juni 2024

Moritz Körner, FDP-Haushaltsexperte im Europäischen Parlament im Gespräch mit Silvia Engels

Silvia Engels: Aus Brüssel hat sich gestern ein alter Bekannter zurückgemeldet: das EU-Defizitverfahren. Mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt wurde dieses Instrument 1997 eingeführt. Vor allem die Verpflichtung für die EU-Staaten, nicht mehr als drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Neuverschuldung stecken zu dürfen, ist lang bekannt. In den letzten Jahren waren die Verschuldungsgrenzen dann ausgesetzt worden, zunächst wegen der Corona-Pandemiefolgen, dann nach dem russischen Angriff auf die Ukraine. Nun wurden die Regelungen etwas reformiert und die EU-Kommission wendet sie jetzt wieder an. Sie hat gestern Defizit-Strafverfahren gegen Frankreich, Italien, Belgien, Ungarn, Malta, Polen und die Slowakei eingeleitet.

Am Telefon ist nun Moritz Körner von der FDP, wieder ins EU-Parlament gewählt. In der letzten Legislaturperiode war er dort im Haushaltsausschuss. – Guten Morgen, Herr Körner.

Moritz Körner: Guten Morgen, Frau Engels. Ich grüße Sie.

Engels: Sie als deutscher Liberaler haben jetzt Freudentänze getanzt, weil die EU-Kommission wieder auf Haushaltsstrenge pocht?

Körner: Nein, ich freue mich natürlich nicht, wenn Länder in der Europäischen Union den blauen Brief bekommen. Ich hätte lieber, dass die Länder insgesamt schon stärker auf Haushaltsdisziplin wieder setzen. Mir macht das schon Sorgen. Frankreich hat ein sehr, sehr hohes Defizit mittlerweile. Einige Rating-Agenturen haben das Rating von Frankreich heruntergesetzt. Das ist ein Problem. Wir sind nicht in einer Richtung wie vielleicht in der Schuldenkrise vor Jahren, aber wir müssen darauf achten, dass das nicht aus dem Ruder läuft, und deswegen ist es gut, dass die Europäische Kommission hier jetzt auch ganz klar diese Regeln, die ja ausgesetzt waren, wieder einsetzt und auch tatsächlich gegen die Länder die entsprechenden blauen Briefe auf den Weg bringt.

Engels: Schauen wir auf die größten Länder, die jetzt betroffen sind. Das ist Frankreich. Dort wird 5,3 Prozent Neuverschuldungsquote, gemessen am BIP, erwartet. In Italien gar 7,4 Prozent. Das kann man doch nicht schnell wieder in den Griff bekommen?

Körner: Und genau deswegen sieht ja der neue, der reformierte Stabilitätspakt vor, dass die Kommission jetzt mit den Ländern Ausgabenpläne erarbeitet, sagt, wie wollt ihr die Ausgaben runterbringen, wie wollt ihr die Defizite runterbringen. Da soll ein individueller Plan vereinbart werden, vier bis sieben Jahre. Aber es muss klar sein, wir müssen davon wieder runterkommen. Die Mitgliedsstaaten können sich nicht einfach verschulden. Insbesondere in einer gemeinsamen Währung müssen wir da auch gemeinsam auf Stabilität achten. Deswegen ist es richtig, man hat den Stabilitätspakt ja ausgesetzt, weil die Staaten in der Corona-Krise und anschließend durch Inflation und so weiter, russischer Angriffskrieg, dass die Staaten dort auch Flexibilität brauchten. Das war klar. Aber jetzt müssen wir auch wieder zur Haushaltsdisziplin zurückkehren, damit wir auch unsere Währung stabil halten in Europa.

Engels: Nun haben wir schon eine lange Geschichte von EU-Defizitverfahren und vielen Beobachtern wird da in Erinnerung geblieben sein, dass harte Sanktionen oftmals nur kleine Mitgliedsländer trafen und bei großen Sündern wurden gerne Ausnahmen gemacht. Vielen ist noch in Erinnerung, wie vor einigen Jahren Jean-Claude Juncker, ehemaliger Kommissionspräsident, auf die Frage antwortete, warum Frankreich bei einem damaligen Verfahren nicht bestraft wurde, einfach nur gesagt hat, weil es Frankreich ist. Wird das jetzt wieder so passieren?

Körner: Das scheint ja die Kommission genau anders zu machen. Sie hat Frankreich jetzt auch hier in dieses Defizitverfahren aufgenommen, und das, obwohl gerade politisch in Frankreich es vielleicht auch eine Überlegung hätte sein können zu sagen, vor diesen Wahlen jetzt, wir haben eine sehr unsichere Situation in Frankreich im Moment politisch, wie geht es da weiter. Da hätte die politische Überlegung sein können, wir lassen Frankreich jetzt mal da außen vor, packen da nicht noch mal zusätzlichen Druck mit rein. Aber ich finde es gut, dass die Kommission eben nicht sagt, weil es Frankreich ist, und es hier rauslässt, sondern tatsächlich auch dieses Verfahren einleitet und deutlichmacht, was nach den Regeln erwartet wird. Wir sehen in diesem Wahlkampf jetzt, sehr polarisiert, und man muss sagen, eine rechte Regierung dort, die kündigt schon große Steuersenkungen an. Das würde den Haushalt möglicherweise noch weiter belasten. Oder ein Linksbündnis riesige Mehrausgaben; auch das ist schwierig vor dem Hintergrund dieses riesigen Defizites. Insofern sind die Wahlen in Frankreich jetzt auch spannend und wichtig für Europa, wie es dort weitergeht.

Engels: Wo Sie gerade politisch argumentieren: Sie sprechen die rechtsgerichteten Kräfte in Frankreich, aber auch in Italien an. Wenn es doch auch wirklich für Sie ein ernstzunehmender Faktor ist, zieht damit Brüssel nun nicht wieder Wut auf sich, weil Rechtspopulisten ja ohnehin auf das angefeindete Brüssel schauen, wenn sie strenge Sparkurse verhängen und dementsprechend unpopuläre Maßnahmen im Inland daraus folgen?

Körner: Ich glaube, deswegen haben wir gerade den Stabilitäts- und Wachstumspakt reformiert, dass er klare Regeln vorgibt, aber auch Möglichkeiten für die Länder, das zu erreichen, und deswegen diese individuellen Pläne. Aber ich finde, es ist auch ganz, ganz wichtig, dass wir vor dem Hintergrund vor deutschen Steuerzahlern und anderen Steuerzahlern in Europa sicherstellen, dass unsere Währung stabil bleibt und dass die Defizite nicht ausufern. Ich glaube, deswegen ist es ein wichtiges Zeichen, das entsprechend durchzusetzen. Wir müssen den Mut haben, in Europa in den Haushalten stärkere Prioritäten zu setzen, zu schauen, was ist notwendig. Wir haben weiterhin, glaube ich, kein Einnahmenproblem, sondern ein Ausgabenproblem und müssen hier die richtigen Prioritäten in den nationalen Haushalten setzen. Deswegen finde ich es richtig, dass wir das jetzt auch machen, auch mit Blick auf Frankreich. Und ich glaube, jede französische Regierung wird vor diesem Problem stehen, denn das Defizit ist sehr hoch. Die Finanzierung wird auch immer schwieriger, denn die Zinsen steigen dort auch für die Schulden, die gemacht werden. Deswegen ist es im Interesse auch der Französinen und Franzosen, insgesamt zu sagen, wir müssen unseren Haushalt auch reformieren, er muss wieder den Schuldenregeln entsprechen.

Engels: Zinsstabilität, Währungsstabilität – Sie argumentieren stark ökonomisch. Auf der anderen Seite lässt sich auch argumentieren, angesichts der ohnehin schwachen Konjunktur im EU-Bereich und des weiterhin anhaltenden Krieges gegen die Ukraine ist es eigentlich kontraproduktiv, jetzt zu weiterem Sparen zu animieren.

Körner: Wir sparen ja nicht, sondern wir machen nur viel weniger Schulden. Darum geht es ja. Sie haben eben die Zahlen gezeigt, 5,3 Prozent Schulden überm BIP. Das ist ja weit über den Regeln, die wir uns gesetzt haben. Übrigens auch Deutschland macht ja weiter Schulden. Wir diskutieren immer darüber, Deutschland würde jetzt so hart sparen. Auch nach der Schuldenregeln, die wir haben, die im Bund ja noch mal strenger ist, machen wir ja Schulden, sind Schulden erlaubt, aber es ist wichtig, dass wir nicht ausufernde Schulden machen, dass wir sie unter Kontrolle behalten. Ich glaube, viel wichtiger wäre, als jetzt noch mal den Staat mit zusätzlichen Schulden zu belasten und gleichzeitig in die Wirtschaft das reinzugeben, jetzt möglich zu machen, wie können wir wirtschaftspolitisch wieder stärker auf Wettbewerbsfähigkeit setzen, wie können wir zum Beispiel auch entbürokratisieren. Viele der Schulden, zum Beispiel auch der europäischen Schulden, die wir in diesem Wiederaufbau-Fonds in den letzten Jahren aufgenommen haben, das fließt gar nicht ab, weil die Planungskapazitäten nicht da sind, Genehmigungsverfahren viel zu lange dauern. Ich glaube, wer etwas für

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: hoererservice@deutschlandradio.de

die Wirtschaft in Europa tun will, der muss jetzt ganz stark auf Wettbewerbsfähigkeit setzen. Die Europäische Kommission nimmt sich da jetzt ja auch einiges vor. Ich glaube, das ist jetzt der Schwerpunkt auch nach der Europawahl, dass wir insgesamt in Europa wieder stärker auf Wettbewerbsfähigkeit setzen, Entbürokratisierung, und vorankommen.

Engels: Ihr Punkt ist angekommen. – Lassen Sie uns noch mal auf Deutschland schauen, denn Sie kriegen im Moment von Brüssel nicht ins Stammbuch geschrieben, dass ein Defizitverfahren drohen würde. Aber die EU-Kommission bemängelt durchaus, es werde zu wenig in Deutschland investiert. Geht das nicht konkret an die Adresse von Finanzminister Lindner und auch hier dahin, mehr Geld lockerzumachen?

Körner: Das Gegenteil ist der Fall. Man sagt, es wird zu wenig investiert, und das ist ein Thema, was wir in Deutschland angehen müssen. Wir dürfen nicht weiterhin viel ausgeben im Bereich Soziales, in konsumtive Ausgaben, sondern wir müssen in Investitionen gehen, und genau diese Prioritätensetzung brauchen wir stärker auch im deutschen Haushalt. Wir setzen zu wenig auf Zukunft, immer noch, und das brauchen wir. Genau deswegen gibt es jetzt die Diskussionen, die ja auch geführt werden, zwischen Finanzminister, Wirtschaftsminister und Kanzleramt, darum, wie können wir diesen Haushalt wieder stärker auf Zukunft ausrichten, müssen wir vielleicht zum Beispiel bei Entwicklungshilfe, bei Sozialausgaben sagen, hier muss etwas weniger ausgegeben werden, und stärker ein Fokus darauf gesetzt werden, dass wir tatsächlich investieren in Infrastruktur, in Zukunftsaufgaben. Genau diese Diskussion wird ja auch auf Bundesebene geführt.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.